

# Kurzmeldungen



## **EuGH-Urteil zur Verfolgung von Frauen aus Afghanistan**

Der EuGH hat sich mit zwei Fällen afghanischer Asylwerberinnen befasst (Rechtssachen C-608/22 und C-609/22) und in seinem Urteil vom 4. Oktober 2024 entschieden, dass die frauendiskriminierenden Maßnahmen der Taliban so schwerwiegend sind, dass sie in ihrer Gesamtheit eine asylrelevante Verfolgungshandlung darstellen. So seien „insbesondere die Zwangsverheiratung [...] und der fehlende Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bereits schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen [...] und seien daher schon

für sich genommen als ‚Verfolgung‘ im Sinne der Flüchtlingsdefinition zu werten.“ Demnach ist afghanischen Frauen allein aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Staatsangehörigkeit Asyl zu gewähren, ohne dass weitere individuelle Fluchtgründe geprüft werden müssen.

Dieses Urteil ist ein begrüßenswerter Meilenstein in der Asylrechtsprechung und bestätigt die Entscheidungspraxis anderer europäischer Länder. So sind beispielsweise Schweden, Dänemark und Finnland bereits 2022 bzw. 2023 von Einzelfallprüfungen abgerückt. Ein befürchteter Anstieg von Asyl-

anträgen durch Afghaninnen wurde dort nicht verzeichnet.

Auch in Österreich wird afghanischen Frauen in der Regel Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt: Seit 2014 haben rund 17.000 Afghaninnen in Österreich Schutz erhalten, seit der Machtübernahme der Taliban 2021 wurde kein Asylantrag einer afghanischen Frau abgelehnt und im Jahr 2022 stieg die Schutzquote in zweiter Instanz von zuvor 98 % auf 100 %. Die im öffentlichen Diskurs rasch losgetretene Missbrauchsdebatte ist entlarvend und verkennt zudem die Lebensrealität von afghanischen Frauen.

Ein Wegfall der langwierigen Einzelfallprüfungen würde dem generellen Schutzbedarf der Antragstellerinnen Rechnung tragen und die Verfahren deutlich vereinfachen. Das österreichische Innenministerium hat jedoch angekündigt, daran festhalten zu wollen.

### **Niederlande: Rückkehrhilfe nach Afghanistan, Syrien, Libyen und Äthiopien**

(*Brussels Times*, 23.8.) Die niederländische NGO *Goedwerk Foundation* hat es sich zur Aufgabe gemacht, möglichst viele Flüchtlinge zur „freiwilligen“ Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen. Geflüchtete Personen, die seit Jahren in den Niederlanden leben, werden gezielt aufgespürt. Falls sie in ihre Heimatländer zurückkehren oder sich in Drittstaaten niederlassen, erhalten sie Tausende Euros zur Unterstützung. Wenn der finanzielle Anreiz nicht ausreicht, wird durchaus auch Druck angewendet, wie 16 ehemalige „Klienten“ der NGO berichten. Diesen Vorwurf weist die Organisation allerdings zurück und betont, dass die Rückkehr jeweils freiwillig erfolgt, „auch wenn die ehemaligen Klienten dies anders empfunden“ hätten.

Kritiker:innen werfen der NGO vor, als langer Arm der Regierung zu fungieren, um Flüchtlinge loszuwerden. Bei den Rückkehrländern handelt es sich um diejenigen Staaten, in die der niederländische Staat von Rechts wegen niemanden abschieben darf: Afghanistan, Syrien, Libyen und Äthiopien.



### **Mittelmeer: Zehn Jahre Seenotrettungen privater Hilfsorganisationen**

(*INFO MIGRANTS*, 26.8.) Anlässlich des 10. Jahrestages der Seenotrettungsaktionen durch private Hilfsorganisationen urgiert der deutsche Seenotrettungsverein *Sea-Eye* eine umfassende Lösung für Seenotrettungen im Mittelmeer. Die Europäische Union möge ihrer Verantwortung gerecht werden und ein umfassendes staatliches Seenotrettungssystem aufbauen. Seit August 2014 existiert kein staatlich organisiertes Rettungssystem mehr im Mittelmeerraum. Stattdessen hat die *Operation Triton* im Auftrag der europäischen Grenz- und Küstenwacheagentur *Frontex* ihre Arbeit aufgenommen, deren Fokus jedoch die Grenzsicherung ist, und nicht die Rettung von schutzbedürftigen Personen. In den vergangenen zehn Jahren haben private Organisationen viele Menschenleben gerettet, die Situation sei aber nach wie vor ernst, erklärt *Sea-Eye*. Laut *IOM* starben oder verschwanden mehr als 30.000 Menschen in diesem Zeit-

raum im Mittelmeer, die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

**Libanon: Zunehmende Ausreisen** (*Anja Pilchowski*, 30.9.) Der Libanon ist vor allem Zielland für Menschen, u. a. aus Syrien und dem Sudan. Aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre gibt es für Libanes:innen und Angehörige der Migranten- und Flüchtlingsgemeinschaften im Libanon aber auch vielfältige Gründe das Land zu verlassen. Die schwerwiegendsten sind die Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Oktober 2019 begann, die negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die Hafensexplosion im August 2020, die politische Blockade, die bedrohliche Situation für Queer-Personen, Menschenrechtsaktivist:innen oder syrische Flüchtlinge, die Nichtanerkennung von sudanesischen Flüchtlingen oder die jahrzehntelange Nicht-Anerkennung von palästinensischen Flüchtlingen sowie die israelischen Angriffe und Bombenanschläge seit Oktober 2023, die im September 2024 mit der israelischen Invasion im Südlibanon eskaliert sind. Letz-

teres führte zu mehreren Hundert Todesopfern, mehreren Tausend schwer verletzten Menschen und der Massenvertreibung von über 200.000 Menschen (*IOM*) bzw. 500.000 (*Amnesty*).

### **Irland: Verständnis für die Herausforderungen für ImmigrantInnen**

(*INPSM*, 29.08) Laut einer Studie, durchgeführt von *Ireland Thinks for the Migrant Rights Centre Ireland (MRCI)*, sprechen sich zwei Drittel der befragten Personen dafür aus, dass der Staat Irland Einwanderer unterstützen soll. 69 % erwarten von ihrer Regierung, dass sie papierlos arbeitenden Einwander:innen die Chance geben soll, sich zu melden und ihren Status zu legalisieren. Ebenso wird zu einem sehr hohen Prozentsatz befürwortet, dass Menschen aus Nicht-EU-Ländern, die bereits legal

in Irland arbeiten, ihre Familien nachholen können.

Ein Mitarbeiter des *MRCI* meint, die irische Bevölkerung verstehe sehr gut, vor welchen Herausforderungen Immigrant:innen stehen.

### **Italien: Drastischer Aktivismus von Flüchtlingsbetreuer:innen**

(*INFO MIGRANTS*, 2.9.) Um auf die Situation obdachloser Migrant:innen aufmerksam zu machen, übernachteten Mitarbeiter:innen verschiedener sozialer Institutionen auf der Straße mitten in Triest. Sie versuchen damit Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben, damit diese 50 bis 100 Schlafplätze für Neuankömmlinge organisiere. Kurz zuvor hatte sich die Situation für Geflüchtete drastisch verschlechtert, nachdem ein Lagerhaus geschlossen wurde, in dem Migrant:innen übernachtet hatten. Die Ak-

tion zielte auch auf die Sensibilisierung der Bevölkerung ab und warb um Verständnis für die Flüchtlinge. „Geflüchtete Personen sind gezwungen auf der Straße zu schlafen? Dann tun wir es auch!“ lautete der Slogan.

### **Finnland will Migrant:innen medizinische Versorgung verweigern**

(*Guardian*, 17.09) Die finnische Regierung, allen voran die rechte *Finns Party*, plant eine gesetzliche Regelung aus dem Jahr 2023 aufzuheben, die Migrant:innen den Zugang zu voller medizinischer Versorgung gewährt. In Zukunft sollen nur noch notfallmedizinische Interventionen möglich sein. Ärzte warnten bereits, dass dies Menschenleben kosten würde. Zwar soll es einige Ausnahmen für vulnerable Gruppen geben, jedoch für Menschen mit Erkrankungen wie





Asthma oder Diabetes könnte die neue Regelung lebensbedrohlich werden.

„Es wird so getan, als hätten wir nicht genug Geld für alle und als würde der volle Zugang zur medizinischen Versorgung noch mehr Einwanderer anlocken“, kommentierte ein Mitarbeiter der Organisation *Physicians for Social Responsibility* die Pläne der Regierung. „Wir wissen, dass das nicht stimmt und dass es billiger ist, Krankheiten im Vorfeld zu behandeln, anstatt Patienten erst im Notfall zu versorgen.“

### **Balkan: Route für chinesische Migrant:innen**

(*Guardian*, 25.09) Eine kleine, aber wachsende Zahl von Chines:innen reist in die Balkanländer in der Hoffnung, in die EU zu gelangen. Ebenso wie türkische Staatsbür-

ger:innen versuchten Chines:innen, die legale Einreise nach Bosnien zu nutzen, um ihre Reise in die westeuropäischen Länder „illegal“ fortzusetzen. Im Jahr 2022 waren zwei Chines:innen unter den mehr als 14.000 Personen, die beim „illegalen“ Grenzübertritt aufgegriffen wurden. 2023 hatte sich diese Zahl auf 148 erhöht. Die meisten von ihnen wurden bei dem Versuch erwischt, nach Kroatien zu gelangen. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden wieder mehr als 70 Chines:innen aufgegriffen.

Seit der abrupten Aufhebung des chinesischen Null-Covid-Regimes 2022 verlassen unzählige Menschen das Land. Einige nutzen Studenten- oder Arbeitsvisa, um an Orte zu ziehen, an denen sie freier leben können. Jene, die nicht über die finanziellen Mittel oder entsprechende Qualifikationen verfü-

gen, um auf offiziellem Wege auszuwandern, wählen gefährlichere Fluchtwege. Laut *UNHCR* gab es im Jahr 2023 weltweit insgesamt 137.143 Asylbewerber:innen aus China. Das ist mehr als das Fünffache der Zahl, die ein Jahrzehnt zuvor registriert wurde, als Xis Herrschaft gerade begonnen hatte.

### **Norwegen: Kollektiver Schutz für ukrainische Flüchtlinge soll beendet werden**

(*RTÉ News*, 27.9.) Norwegen wird nicht mehr automatisch allen Ukrainer:innen Asyl gewähren, so die Regierung. Bewerber:innen, die aus der Westukraine ankommen, sollen von Fall zu Fall geprüft werden. Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 beschlossen die norwegischen Behörden allen ukrai-



nischen Flüchtlingen „kollektiven Schutz“ zu gewähren. In den vergangenen zweieinhalb Jahren hat Norwegen, ein Land mit 5,6 Millionen Einwohner:innen, rund 85.000 ukrainische Asylsuchende aufgenommen. Diese Zahl sei höher als in anderen nordischen Ländern, heißt es von Justizministerin Emilie Enger Mehl (*Zentrumspartei*) in Oslo. „Wir können nicht einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Vertriebenen im Vergleich zu ähnlichen Ländern aufnehmen.“ Die Einwanderungsbehörden werden von nun an Asylanträge von Einwohner:innen aus sechs Regionen in der Westukraine, die als sicher gelten, individuell bearbeiten. Enger Mehl wies auch darauf hin, dass „ein steigender Anteil“ der ukrainischen Asylbewerber:innen „Männer sind, darunter viele im kampffähigen Alter“, und das zu einer Zeit, in der die Ukraine um die Rekrutierung von Truppen für den Kampf gegen die russische Offensive kämpft.

### **Spanien: Neun Tote und 48 Vermisste vor Kanarischen Inseln**

(*Guardian*, 29.9.) Nach dem nächtlichen Kentern eines Bootes sind nach Angaben der Rettungsdienste am 24. September neun Menschen ertrunken, mindestens 48 werden vermisst. Die Seenotrettungsteams hatten kurz nach Mitternacht auf einen Notruf vor El Hierro, einer der Inseln des Atlantik-Archipels, reagiert. Es gelang ihnen, 27 der 84 Menschen an Bord zu retten. Diese stammten aus Mali, Mauretanien und Senegal. Überlebende erzählten, dass das Boot von Nuadibu in Mauretanien, etwa 800 km entfernt, gestartet sei. Vier der Geretteten seien minderjährig gewesen.

Neun Menschen, darunter ein Kind, sind bei dem Vorfall ums Leben gekommen. Laut Pestana hätten die Migrant:innen zwei Tage lang weder Nahrung noch Wasser zu sich nehmen können,

was zu der Panik und dem Kentern des Bootes während der Rettungsaktion beigetragen haben könnte. Fünf Schiffe, drei Hubschrauber und ein Flugzeug seien an der Such- und Rettungsaktion beteiligt gewesen.

Im Jahr 2023 erreichten fast 40.000 Migrant:innen die Kanarischen Inseln. Die Route über den Atlantik zu den Kanarischen Inseln ist besonders gefährlich, jedoch weniger scharf überwacht als das Mittelmeer. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) starben oder verschwanden seit 2014 auf der Route mindestens 4.857 Menschen, die NGO *Caminando Fronteras* geht sogar von mehr als 18.600 bei der Überfahrt Gestorbenen aus.

### **Norwegen: Flexiblerer Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete**

In einer kürzlich veröffentlichten Erklärung kündigte die norwe-

gische Regierung Aktualisierungen ihres Integrationsprogramms an. Mit den aktualisierten Vorgaben wird das Programm auch auf Personen im Alter von 55 bis 60 Jahren ausgeweitet, wodurch älteren Flüchtlingen mehr Möglichkeiten geboten werden, sich zu integrieren und berufliche Qualifikationen zu erwerben.

Darüber hinaus plant die Regierung, das Programm für Ausbildungen um ein Jahr zu verlängern. Mit dieser Verlängerung sollen Geflüchtete dabei unterstützt werden, die Sekundarstufe II und eine Berufsausbildung abzuschließen und so ihre langfristigen Beschäftigungschancen zu verbessern.

Das Land hat in den letzten drei Jahren mehr als 75.000 Flüchtlinge neu angesiedelt, wobei mehr als ein Viertel der Ukrainer im erwerbsfähigen Alter bereits beschäftigt sind. Norwegen verbessert die Integration von Flüchtlingen angesichts steigender Ankünfte. Die neuen Maßnahmen werden von den Behörden als Reaktion auf die erfolgreichen Erfahrungen mit Flüchtlingen aus der Ukraine bezeichnet. Seit Jahresbeginn ist die Beschäftigung der Ukrainer im erwerbsfähigen Alter um elf Prozentpunkte gestiegen. Die Ministerin für Beschäftigung und Integration, Tonje Brenna, betont, dass das Land über einen flexiblen und unkomplizierten Regulierungsrahmen verfügen müsse, um diese Ziele zu erreichen.

### **Spanien: „Sie sind ein Vorbild für uns“: Kleine Stadt nimmt Flüchtlinge auf**

(*Guardian*) Sie betraten den Fußballplatz, während Applaus ertönte, unterbrochen von „Willkommen“-Rufen. Ihre lange und schwere Reise hatte Monate zuvor und etwa 3.000 km entfernt begonnen; nun wurden die Asylwerber, viele aus Mali, von den Bewohnern einer kleinen Stadt in der spanischen Region Galizien herzlich begrüßt.

Ende August hörte die Gemeinde Monterroso, 3.600 Einwohner, Gerüchte, dass sie 120 Menschen aufnehmen würde, die vor Gewalt und politischer Instabilität geflohen waren.

Der örtliche Fußball-Club erklärte, er sei bereit, alles Notwendige zu tun, um den Neuankömmlingen die Ankunft zu erleichtern, von der Gewährung des Zugangs zu seinen Einrichtungen bis hin zur Einführung einer Kleidersammlung.

Der Sportverein betonte, dass die Ankunft von Dutzenden junger Menschen, die alle begierig darauf waren, zu arbeiten, eine enorme Chance darstelle, in einer Region, die von Abwanderung geprägt ist. „Es geht nicht um Nächstenliebe, sondern darum, Chancen zu schaffen“, heißt es in der Erklärung.

Die Resonanz der Menschen war überwältigend positiv. Beim ersten Ligaspiel des Vereins wurden die neuen Nachbarn willkommen geheißen, indem man ihnen Freikarten für die Saison anbot, während ein Friseur kostenlose Haarschnitte offerierte und andere sie zum Kaffee einluden.

### **Italien: Klage wegen Abschiebungen nach Libyen**

(*Mediterranea*, 19.9.) Die Menschenrechtsorganisation *Mediterranea* klagt den italienischen Innenminister Matteo Piantedosi vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Abschiebungen nach Libyen an.

Die Abschiebungen wurden von Milizen, die den Behörden des nordafrikanischen Landes angehören, durchgeführt. Minister Piantedosi erklärte in einer auf der sozialen Plattform X veröffentlichten Mitteilung: „Seit Januar wurden 16.220 Migranten, die auf dem Weg zu den europäischen Küsten waren, auf See abgefangen und sicher nach Libyen zurückgebracht. Diese Zahl zeugt von der Wirksamkeit der Zusammenarbeit Italiens mit den Herkunfts- und Transitländern der Migranten (...)“ Da Libyen ein „unsicherer Ort“ ist, wie die maßgeblichen internationalen Gremien und die Vereinten Nationen bescheinigen, wird im Falle der Zusammenarbeit bei der Abschiebung von Flüchtlingen und Vertriebenen in diesem Land der Straftatbestand des Verstoßes gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und das Hamburger Übereinkommen über die Seenotrettung erfüllt.